

Betreiber fordern rascheren Windkraftausbau

Die Klima- und Energiestrategie des Bundes sieht einen Ausbau der erneuerbaren Energie vor. Für die IG Windkraft sind diese Maßnahmen nicht konkret genug. Die Interessensvertreter fordern klare Bekenntnisse zu einem raschen Ausbau.

Mit ihrer Klima- und Energiestrategie will die Bundesregierung die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Treibhausgas-Verringerungen erreichen. Darin enthalten ist etwa das Ziel, dass bis 2030 der gesamte Strombedarf aus erneuerbarer Energie stammen soll.

Mithilfe der zusätzlichen Mittel der kleinen Ökostromnovelle aus dem Vorjahr konnten etwa 150 Windkraftanlagen aus der Warteschlange umgesetzt werden, hieß es am Montag bei einem Pressegespräch der Interessensvertretung IG Windkraft. Noch immer würden aber 200 bewilligte Windkraftwerke, vor allem in Niederösterreich und im Burgenland, voraussichtlich bis 2023 auf ihre Einspeiseverträge warten.

IG Windkraft: Frustrierende Warteschlange

Um die Klimaziele zu erreichen, fordert die IG Windkraft ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu einem raschen Ausbau, so deren Geschäftsführer Stefan Moidl. Derzeit würden die Betreiber, „die viele Millionen Euro in die Bewilligungsverfahren investiert haben“, nicht wissen, wann und in welcher Form ein neues Fördersystem kommen wird. „Es braucht eine Sicherheit, dass es bei einem Übergang zu einem neuen Fördersystem für die bereits bewilligten Anlagen einen Vertrauensschutz gibt“, verlangte Moidl am Montag.

Die Warteschleife für potentielle Betreiber von Windkraftanlagen sei unverständlich und frustrierend, „teilweise auch deswegen, weil Bescheide erneuert werden müssen, wenn Projekte erst viele Jahre nach der Genehmigung zur Anwendung kommen. Diese haben ja nur beschränkte Laufzeiten. Außerdem müssen Projekte wieder umgenehmigt werden, weil die Technologie voranschreitet“, sagte Martin Krill, stellvertretender Firmenbeiratsvorsitzender der IG Windkraft.

Großteil der Windkraft kommt aus Niederösterreich

„Genauso geht es uns, wenn wir jetzt eine Gemeinde für ein Windpark-Projekt ansprechen“, ergänzte Martin Steininger, Vorstand der Windkraft Simonsfeld AG. „Dann sagt der Bürgermeister, da bin ich ja gar nicht mehr im Amt, bis ihr da baut.“ Nur mit klaren Rahmenbedingungen könne die Windkraft ihren Teil zur Erreichung der Klimaziele beitragen und bis 2030 ein Viertel des Strombedarfs decken, betonten die Vertreter der IG Windkraft. Derzeit werden lediglich elf Prozent des Strombedarfs durch Windkraft abgedeckt. Diese Energie wird überwiegend in Niederösterreich erzeugt.

Link:

- **IG Windkraft** <<https://www.igwindkraft.at/?>>

Publiziert am 09.04.2018

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden  Social-Media-Dienste aktivieren

- nicht mit Twitter verbunden 

- nicht mit Google+ verbunden 

- **Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.**

[<http://orf.at/stories/socialmedia>](http://orf.at/stories/socialmedia)